



# EWSA info

## Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss

Eine Brücke zwischen Europa und der organisierten Zivilgesellschaft

Februar 2018 | DE

### Verfügbare Sprachfassungen:

bg cs da de el en es et fi fr hr hu it lt lv mt nl pl pt ro sk sl sv

### Grußwort

#### Die Zukunft der Demokratie in Europa



Liebe Leserinnen und Leser,

Europa hat jahrelang unter blutigen Kriegen gelitten. In sicherlich jeder europäischen Stadt sind blutige Spuren der Geschichte, von Kämpfen und Bürgerkriegen zu finden. Wir leben heute in der längsten Phase des Friedens auf dem Gebiet der Europäischen Union. Dort, wo einst Menschen einander umgebracht haben, arbeiten nun interregionale und internationale Institutionen, die dafür sorgen, dass das europäische Aufbauwerk – die EU – funktioniert. Dies ist sicher von starker symbolischer Wirkung, reicht aber für sich genommen nicht aus.

In den ersten Jahrzehnten der EWG waren die Staaten bereit und willens, Mitglied dieser Gemeinschaft zu sein, und die Grundlagen für die Entwicklung des vereinigten Europas waren die wirtschaftlichen Chancen. Die Umsetzung gemeinsamer Maßnahmen zur Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, vor allem die gemeinsame Währung, waren ein wichtiger Schritt, aber die kulturelle und politische Konvergenz ist noch nicht vollendet. Für einen erheblichen Teil der Unionsbürger ist die Vision der europäischen Integration bei weitem nicht mehr so strahlend wie zuvor.

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, hat den Ernst der Lage erkannt und den EU-Institutionen im vergangenen Jahr ein Weißbuch mit Vorschlägen für die Zukunft Europas vorgelegt. Der EWSA hat das Weißbuch in ganz Europa zur öffentlichen Konsultation gestellt und dem Kommissionspräsidenten die Vorschläge der Zivilgesellschaft übermittle. Ungeachtet dessen, wie man jedes der fünf beschriebenen Szenarien des Weißbuchs einschätzt und bewertet, lässt sich nicht bestreiten, dass in der gegenwärtigen Lage keine Risiken eingegangen werden dürfen, denn die Bedingungen sind schwierig. In den Vorschlägen des Weißbuchs zu den

künftigen Herausforderungen in der EU taucht jedoch an keiner Stelle das Wort „Demokratie“ auf. Und doch kann die Umsetzung ebendieses Begriffs uns aus der Sackgasse herausführen.

Demokratie setzt Teilhabe voraus, nicht Untätigkeit. Ein Bürger, der gelernt hat, sich in die Dinge, die ihn betreffen, einzubringen, erhebt seine Stimme und stellt Forderungen, aber nicht zur Verteidigung von Gruppeninteressen, sondern im Interesse aller. Wenn die Schaffung einer politischen Union das Ergebnis eines öffentlichen Dialogs und einer gemeinsamen Übereinkunft und vor allem der Achtung der demokratischen Institutionen durch alle Mitgliedstaaten ist, dann können wir hoffen, ein Europa aufzubauen, das heute und künftig dem Druck standhält.

Viel lässt sich darüber schreiben, wie viele Lösungen die Demokratie in der gegenwärtigen Zeit bietet, und alles ist wahr. Wir müssen sie nur nutzen. Um sie jedoch auf europäischer Ebene zu nutzen, müssen wir erst gelernt haben, sie in unserem Heimatland anzuwenden. Am 1. und 2. März wird nahe der Akropolis, also am Geburtsort der Demokratie, eine große Konferenz zur Zukunft der Demokratie in Europa stattfinden. Ich freue mich darauf, gemeinsam mit prominenten Rednern aus Europa den Bedingungen, die zur Schwächung der Demokratie führen, und den Gefahren für die Demokratie in Europa auf den Grund zu gehen. Wir werden auf das Verhältnis von Demokratie und europäischem Recht eingehen, die Gründe herausstellen, warum soziale Ungleichheiten zur Zerstörung des sozialen Zusammenhalts führen, und über die nationale Souveränität der Mitgliedstaaten im Rahmen der europäischen Integration sprechen.

Und, um den letzten Satz aus der Rede von Odysseas Elytis bei der Verleihung des Literaturnobelpreises leicht abgewandelt zu zitieren: „Wenn die Demokratie uns in dieser dürftigen Zeit eines lehrt, dann dies: dass unser Schicksal trotz allem in unseren Händen liegt.“

George Dassis,  
Präsident des EWSA

## Bitte vormerken

20/02/2018 - 21/02/2018

Brüssel

**Umsetzung der Kreislaufwirtschaft - Wie geht es weiter? Konferenz der Interessenträger der Kreislaufwirtschaft**

01/03/2018 - 02/03/2018

Athen

**Konferenz des EWSA zum Thema Die Zukunft der Demokratie in Europa**

06/03/2018 - 07/03/2018

Brüssel

**4. Migrationsforum**

14/03/2018 - 15/03/2018

Brüssel

**EWSA-Plenartagung**

15/03/2018 - 16/03/2018

Brüssel

**Your Europe, Your Say!**

## Kurz notiert

### [Welchen Stellenwert hat die Kultur für die Zukunft Europas? Europäische Jugendliche bereiten sich auf ihren Besuch in Brüssel vor](#)



Über einen Zeitraum von fünf Wochen werden Mitglieder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses die ausgewählten Schulen in ihren Mitgliedstaaten besuchen, um die Schülerinnen und Schüler auf die Jugendplenartagung „Your Europe, Your Say“ (YEYS) vorzubereiten, die am 15./16. März 2018 in Brüssel stattfindet.

Die EWSA-Mitglieder werden im Vorfeld der Jugendplenartagung im März gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern Antworten auf einige zentrale Frage zur **Zukunft der europäischen Kultur** erarbeiten:

- Was ist die europäische Kultur: nur die Summe nationaler Traditionen, oder gibt es gemeinsame Werte, die uns alle zu Europäern machen?
- Welche Rolle spielen die Kultur und der kulturelle Austausch im Leben der Schülerinnen und Schüler?
- Was kann die Europäische Union tun, um Kultur (Kino, Musik, Tanz, Literatur, Theater usw.) zu fördern und Kulturerbestätten besser zu schützen?
- Welche Rolle könnte die Kultur bei der wirtschaftlichen Neubelebung der Städte und Regionen Europas spielen?
- Welche neuen Beschäftigungsmöglichkeiten ergeben sich für junge Menschen durch eine solche Neubelebung?

Die Veranstaltung wird unter dem Motto „Your Europe, Your Say!“ (YEYS) vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) – der Stimme der Zivilgesellschaft in Europa – ausgerichtet und ist die zentrale Jugendveranstaltung des EWSA. Mit dieser Initiative stellt der EWSA sicher, dass die Ansichten, Erfahrungen und Ideen der jüngeren Generation in die EU-Politikgestaltung einfließen. (ks)

### [EWSA-Präsident Georges Dassis trifft seinen französischen Amtskollegen Patrick](#)

## Bernasconi



Der Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA), **Georges Dassis**, und der Präsident des französischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrats, **Patrick Bernasconi**, sind am 17. Januar in Brüssel zusammengekommen, um eine erste Bewertung der verstärkten Zusammenarbeit zwischen den beiden Einrichtungen vorzulegen und Möglichkeiten für weitere gemeinsame Aktivitäten auszuloten.

Der EWSA und sein französisches Pendant wollen sich gemeinsam dafür einsetzen, der Zivilgesellschaft in wichtigen, die europäischen Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betreffenden sozialen Fragen mehr Gehör zu verschaffen.

Seit der Unterzeichnung eines Partnerschaftsabkommens im Juni 2017 haben die beiden Präsidenten eine Reihe gemeinsamer Aktivitäten gesetzt, die ihre eng aufeinander abgestimmten Positionen zu zwei brandaktuellen europäischen Themen verdeutlichten.

Zur der Frage der **Entsendung von Arbeitnehmern** haben sie betont, dass ein Wettlauf zur Nivellierung der Bedingungen für Arbeitnehmer nach unten in Europa um jeden Preis verhindert werden muss.

Hinsichtlich des Klimawandels haben sie die Notwendigkeit der **Klimagerechtigkeit** hervorgehoben und von der EU und den nationalen Regierungen Maßnahmen zum Schutz der schwächsten und ärmsten Mitglieder der Gesellschaft gefordert, die der Klimawandel oftmals am stärksten trifft, obwohl sie dafür am wenigsten verantwortlich sind. (dm)

---

## Teilnahme von Präsident Dassis an der Verleihung der Silver Rose Awards im Europäischen Parlament



Am 23. Januar nahm der Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, George Dassis, im Europäischen Parlament an der Verleihung der dieses Jahr zum 15. Mal vergebenen **Silver Rose Awards** teil, die SOLIDAR in Zusammenarbeit mit der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament und der Sozialdemokratischen Partei Europas veranstaltete.

Georges Dassis, dessen Amtszeit sich durch das Streben nach einem solidarischeren Europa auszeichnet, erklärte, dass sowohl er persönlich als auch der EWSA die Arbeit von SOLIDAR für ein faireres Europa unterstützen: „Die Solidarität gehörte bei der Gründung der Europäischen Union zu den fundamentalen Werten und muss weiterhin fester Bestandteil des europäischen Projekts bleiben.“

SOLIDAR ist ein europäisches Netz von mehr als 60 Organisationen der Zivilgesellschaft aus 27 Ländern, die für größere soziale Gerechtigkeit in Europa und der Welt eintreten. Seit dem Jahr 2000 verleiht SOLIDAR die Silver Rose Awards, um die Arbeit von Organisationen der Zivilgesellschaft und Einzelpersonen zu würdigen, die Projekte und Initiativen für eine fairere und solidarischere Welt ins Leben gerufen haben.

---

## Zivilgesellschaftliche Menschenrechtsorganisationen in der EU berichten über zunehmende Schwierigkeiten bei ihrer Arbeit



Am Freitag, den 19. Januar, stellte die **Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA)** bei einer gemeinsam mit der Kontaktgruppe organisierten Veranstaltung im **EWSA** einen Bericht vor, in dem auf den immer kleineren Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft bei der Verfechtung der Menschenrechte in der EU hingewiesen wird.

In dem Bericht "[Challenges facing civil society organisations working on human rights in the EU](#)" werden einige bedenkliche Schwierigkeiten herausgestellt, auf die zivilgesellschaftliche Organisationen in der EU zunehmend bei ihrer Arbeit stoßen. Als zentrale Problembereiche werden genannt:

- rechtliche Einschränkungen, die von Schwierigkeiten bei der Gründung einer Organisation bis hin zu solchen bei der Ausübung der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie der Meinungs- und Informationsfreiheit reichen können;
- Hindernisse beim Zugang zu Ressourcen, insbesondere zu struktureller und langfristiger Finanzierung;
- Stigmatisierung und Diskreditierungsversuche sowie physische Gewalt und verbale Angriffe gegen Aktivisten anstelle eines geschützten Umfelds, in dem sie ihre Tätigkeiten ausüben können;
- Hemmnisse bei der positiven Einflussnahme als anerkannte legitime Akteure auf Rechtsetzung und Politikgestaltung.

In dem Bericht wird der Schluss gezogen, dass sämtliche Empfehlungen der FRA und anderer EU-Einrichtungen wie des EWSA dringend umgesetzt und die Organisationen der Zivilgesellschaft in der EU in ihrer effizienten Arbeit gestärkt werden müssen, um die Wahrung, Förderung und umfassende Wahrnehmung der Menschenrechte nachdrücklich zu unterstützen. (mr)

## Aktuelles

### [EWSA konsultiert die Zivilgesellschaft zur Cybersicherheit](#)



## **Der EWSA drängt die EU und ihre Mitgliedstaaten, ein europäisches Cybersicherheitsmodell anzunehmen, das Mandat der EU-Cybersicherheitsagentur zu stärken und ein wirksames europäisches Zertifizierungssystem für die Cybersicherheit von IKT-Produkten und -Diensten einzuführen.**

Dies sind die wesentlichen Schlussfolgerungen aus der öffentlichen Anhörung zum „Rechtsakt zur Cybersicherheit“ am 9. Januar 2018 in Brüssel, die in die einschlägige [Stellungnahme des EWSA](#) einfließen werden, die derzeit von Berichterstatter **Alberto Mazzola** und Mitberichterstatter **Antonio Longo** aus der Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft (TEN) erarbeitet wird.

Der EWSA unterstützt generell das Cybersicherheitspaket, das die Europäische Kommission dem Rat im September 2017 unterbreitet hat, wobei er sein Augenmerk insbesondere auf die folgenden Maßnahmen richtet.

- **Ein europäisches Cybersicherheitsmodell**

Cybersicherheit ist weltweit ein Anliegen, ja eine globale Herausforderung geworden, denn Angriffe können an jedem beliebigen Ort stattfinden und einzelne Bürger, zivilgesellschaftliche Organisationen, Sozialsysteme und Wirtschaftssektoren in jedem Mitgliedstaat treffen. Deshalb appelliert der EWSA an die EU, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und sich auf ein europäisches Modell zur Abwehr von Cyberangriffen zu einigen.

- **Eine stärkere EU-Cybersicherheitsagentur**

Die Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) ist ein Kompetenzzentrum für Cybersicherheit in Europa und hat ihren Sitz derzeit in Griechenland. Nach Meinung des EWSA sollte die ENISA weiterentwickelt werden und ein ständiges Mandat sowie mehr Mittel erhalten. Ihr Aufgabenbereich sollte elektronische Behördendienste und Universaldienstleistungen (elektronische Gesundheitsdienste) sowie die Verhinderung und Bekämpfung von Identitätsdiebstahl und Online-Betrug umfassen.

- **Eine europäische Cybersicherheitszertifizierung**

Zur Gewährleistung eines hohen Sicherheitsniveaus empfiehlt der EWSA die Einführung eines EU-Rahmens für die Zertifizierung der Cybersicherheit auf der Grundlage gemeinsamer europäischer Cybersicherheits- und IKT-Standards. Durch eine geeignete Kennzeichnung zertifizierter Online-Dienste und -Produkte könnte das Verbrauchervertrauen gefestigt werden. (mp)

---

## **[EWSA ersucht Kommission um Klarstellung der vorgeschlagenen Kriterien für die Meldung grenzübergreifender Steuermodelle](#)**



Die Kommission sollte genauere Vorgaben für die vorgeschlagene Berichtspflicht bei grenzüberschreitenden steuerlichen Konstrukten und Transaktionen machen. Dadurch sollen subjektive Auslegungen seitens der Steuerpflichtigen und der Steuerbehörden vermieden werden, die zu übermäßigem Berichterstattungs- und Verwaltungsaufwand führen könnten, fordert der EWSA in seiner unlängst verabschiedeten Stellungnahme zu [Abschreckungsmaßnahmen gegen Steuervermeidung und Steuerhinterziehung](#).

Die von der Kommission vorgeschlagene [neue Richtlinie](#) schafft eine Verpflichtung für Intermediäre – Einrichtungen, Unternehmen oder Fachleute, die Steuerzahlern eine Beratung zur Steuerplanung anbieten – und in einigen Fällen für die Steuerpflichtigen selbst, ihre jeweilige Steuerbehörde von Steuerplanungen in Kenntnis zu setzen, die einer von vier Arten meldepflichtiger Tätigkeiten entsprechen. Die Informationen werden automatisch

zwischen den Steuerbehörden der Mitgliedstaaten ausgetauscht.

„Die vorgeschlagenen Kennzeichen sind nicht spezifisch genug“, beklagt Berichterstatter **Victor Alistar** (Gruppe Verschiedene Interessen, Rumänien) und ergänzt: „Bei der Überarbeitung der Kriterien für die Berichtspflicht muss die Kommission einen Ausgleich zwischen Rechtssicherheit und Flexibilität finden, damit eine wirksame Abschreckung bei gleichzeitiger Durchführbarkeit der Berichtspflicht gegeben ist“.

Der EWSA ersucht die Kommission zu klären, wie die Richtlinie in der digitalen Wirtschaft angewendet werden kann. Außerdem sollte sie für Verhältnismäßigkeit sorgen, indem die Verwaltungskosten für alle Unternehmen gering gehalten werden.

Der EWSA begrüßt die angebotene logistische und technische Unterstützung für die Umsetzung der jeweiligen Maßnahmen in den Mitgliedstaaten ebenso wie das Ziel, die Arbeit der Intermediäre durch die vorgeschlagenen Maßnahmen transparenter zu machen.

„Die Berichtspflicht wird die Intermediäre davon abhalten, aggressive Steuerplanungsstrategien anzubieten. Der Mechanismus sorgt für Steuergerechtigkeit und stabile Steuereinnahmen in den Mitgliedstaaten“, so Mitberichterstatter **Petru Sorin DANDEA** (Gruppe Arbeitnehmer, Rumänien). (jk)

---

## **[Veranstaltung im EWSA anlässlich der Veröffentlichung des Leitfadens der Kommission mit Ratschlägen, wie die Mitgliedstaaten EU-Mittel für die Integration von Migranten nutzen können](#)**

Im Januar organisierten der **Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)** und die **Europäische Kommission** gemeinsam eine Veranstaltung anlässlich der Veröffentlichung des neuen Leitfadens der Kommission, der Mitgliedstaaten helfen soll, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund durch einen effizienteren und stärker koordinierten Einsatz der verfügbaren EU-Finanzierungsinstrumente zu verbessern.

Der Leitfaden ([toolkit](#)) enthält praktische Empfehlungen für nationale und regionale Förderstellen zur Frage, wie die verschiedenen im derzeitigen Haushaltszeitraum (2014-2020) verfügbaren EU-Mittel ausgewählt und bestmöglich kombiniert werden sollten.



Ziel ist die Förderung der Inklusion von über 20 Millionen Drittstaatsangehörigen, die zwar legal in der EU leben, aber mit unzähligen Herausforderungen und Formen der Diskriminierung konfrontiert sind.

Bei der Veranstaltung wurde betont, dass bis zu 40 % dieser Personen von Armut bedroht sind, während 18 % arbeitslos und 19 % Schulabbrecher sind – was fast doppelt so hoch ist wie der EU-Durchschnitt.

„Die EU muss Humanität und Solidarität zeigen. Migranten sollten nicht als Belastung angesehen werden. Wenn sie angemessen integriert werden, erweisen sie sich als großer Segen nicht nur für unsere Wirtschaft, sondern auch für unsere Gesellschaft insgesamt“, sagte **EWSA-Präsident Georges Dassis** (II)

Foto: Corina Crețu, für Regionalpolitik zuständiges Mitglied der Kommission, Cristian Pîrvulescu, EWSA-Mitglied, und Georges Dassis, Präsident des EWSA

## Die Länder des westlichen Balkans brauchen einen klaren Fahrplan für den EU-Beitritt



**So lautete die Botschaft der öffentlichen Anhörung zum Thema „Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt und europäische Integration auf dem Westbalkan“, die im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss in Brüssel stattfand.**

„Wir sind sehr erfreut darüber, dass der bulgarische EU-Ratsvorsitz den Westbalkan zu einer seiner Prioritäten erklärt und den EWSA um eine Stellungnahme zu diesem Thema ersucht hat“, sagte **Ionut Sibian**, Vorsitzender der EWSA-Studiengruppe [Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt und europäische Integration auf dem Westbalkan](#). **Andrej Zorko**, Berichterstatter für die EWSA-Stellungnahme, unterstrich die äußerst komplexe Lage in der Region sowie die Notwendigkeit einer verstärkten regionalen Zusammenarbeit und einer nachdrücklicheren Beteiligung der Zivilgesellschaft am europäischen Integrationsprozess. „**Der Westbalkan muss eine der Prioritäten der EU in den kommenden Jahren sein, um die politische Stabilität in der Region zu gewährleisten**“, betonte Mitberichterstatter **Dimitris Dimitriadis**.

Die Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Denkfabriken, EU-Institutionen und Hochschulen vertraten die Auffassung, dass die wirtschaftliche Konvergenz auf dem Westbalkan ein langwieriger Prozess sein werde, und nannten hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Produktivität, Kompetenzdefizit und geringe Wettbewerbsfähigkeit als einige der Schwierigkeiten, vor denen die Region stehe. „**Vetternwirtschaft bleibt weit verbreitet**“, erklärte **Peter Sanfey**, stellvertretender Direktor der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Die Teilnehmer stimmten auch darin überein, dass es zwar schon einige Instrumente und Programme in der Region gebe, um diese Probleme anzugehen. **Eine klare europäische Perspektive für die Länder könne jedoch als Katalysator zur Beschleunigung der Reformen dienen**. Darüber hinaus betonten sie **die entscheidende Bedeutung einer förmlicheren Beteiligung der Sozialpartner und der Organisationen der Zivilgesellschaft aus der Region am europäischen Integrationsprozess**. (sg)

## EU-Binnenmarkt: gleiche Bedingungen für „Made in Europe“ und Produkte von Wettbewerbern



**Für die EU ist Protektionismus zwar keine Option, aber sie darf nicht zulassen, dass der Binnenmarkt von Produkten überschwemmt wird, die die europäischen Sozial- und Umweltstandards unterhöheln und die europäische Industrie gefährden, warnte der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) in einer auf seiner Plenartagung im Januar verabschiedeten Stellungnahme zu einer umfassenden Industriepolitik für die EU.**

Europa will Vorbild sein mit einem verarbeitendem Gewerbe, das die Rechte von Arbeitnehmern wahrt, die Umwelt schützt und in Innovation investiert. Dies verursacht jedoch Kosten, die sich auf den Preis der in der EU hergestellten Waren auswirken. Um faire Wettbewerbsbedingungen für die europäische Industrie sicherzustellen, muss die EU dafür sorgen, dass in Drittstaaten hergestellte Produkte, die in der EU verkauft werden, dieselben Standards erfüllen. Dies ist die zentrale Aussage der EWSA-Stellungnahme zum Thema [Ein umfassender Ansatz für die Industriepolitik in der EU](#).

„Europa kann und darf sich Naivität nicht leisten. Fragen wie Überkapazitäten, rechtswidrige staatliche Beihilfen und andere Formen unlauteren Wettbewerbs müssen durch EU-Rechtsvorschriften – unter Einhaltung der WTO-Regeln – angegangen werden“, betonte

EWSA-Berichterstatter **Gonçalo Lobo Xavier** (Arbeitgeber, PT).

Die EU muss sich jetzt mit der Frage auseinandersetzen, mit welchen Instrumenten diese Praktiken bekämpft werden können. Außerdem müssen die Antidumping-Maßnahmen der EU zügiger umgesetzt, besser überwacht und flexibler gestaltet werden.

Im Vergleich zu anderen Akteuren des Weltmarkts wie China, Indien und Korea, die eine aktive Industriepolitik betreiben, fehlt nach Auffassung des EWSA eine schlüssige und langfristig angelegte Strategie für die europäische Industrie.

Es bedarf eines kohärenten Aktionsplans für die Industrie mit verbindlichen Zielen, Zeitplänen und Instrumenten, um die **vier größten Herausforderungen der kommenden zehn Jahre** – Digitalisierung, Klimawandel, Globalisierung und demografischer Wandel – bewältigen zu können.

Darüber hinaus müssen zumindest einige Industriezweige wieder in der EU angesiedelt werden.

Die Stellungnahme wurde auf Ersuchen des bulgarischen EU-Ratsvorsitzes erarbeitet. (dm)

---

## [EWSA fordert rasche Annahme des Kommissionsvorschlags zur Sicherstellung des Wettbewerbs im Luftverkehr](#)



**Der EWSA unterstützt den Vorschlag der Europäischen Kommission zu der lang erwarteten Überarbeitung der Verordnung zur Sicherstellung des Wettbewerbs im Luftverkehr. In seiner auf der Plenartagung im Januar verabschiedeten Stellungnahme fordert er das Europäische Parlament und den Rat auf, die überarbeitete Verordnung rasch anzunehmen, um die Verzerrungen im internationalen Wettbewerb wirksam anzugehen.**

Der EWSA unterstützt den dualen Ansatz der Kommission zur Gewährleistung eines gerechten internationalen Wettbewerbs und hat dies mit der Verabschiedung seiner [Stellungnahme](#) (Berichterstatter: **Jacek Krawczyk**) am 17. Januar 2018 auch deutlich zum Ausdruck gebracht. Zum einen werden mit dem Vorschlag die geltenden Rechtsvorschriften gestärkt, und der Kommission wird ein wirksames Instrument zur Bekämpfung und

Vermeidung von Verzerrungen eines fairen Wettbewerbs in der Luftfahrt an die Hand gegeben. Zum anderen dienen die EU-Luftverkehrsabkommen als Anreiz für Drittländer, um im Austausch für den Zugang zum EU-Markt EU-Rechtsvorschriften einzuhalten.

„Dieser Vorschlag ist ein weiterer wichtiger Schritt für die Verwirklichung der EU-Luftverkehrsstrategie, die vor über zwei Jahren vorgelegt wurde. Der Erfolg der europäischen Luftfahrt hängt von der effizienten Umsetzung dieser Strategie ab“, betonte **Jacek Krawczyk**. „Angesichts der Bedeutung der Luftfahrt für die EU-Wirtschaft müssen die Interessenträger noch stärker in die Umsetzung dieser Strategie einbezogen werden“, so der Berichterstatter weiter.

Die Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 868/2004 zur Sicherstellung des Wettbewerbs im Luftverkehr ist Teil des umfassenderen Maßnahmenpakets „Luftverkehr: Offenes und vernetztes Europa“, das auch Leitlinien zu folgenden Aspekten enthält: Eigentums- und Kontrollvorschriften für EU-Luftfahrtunternehmen, Vorschriften für die Auferlegung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen und Kontinuität der Flugverkehrsmanagementdienste. (mp)

---

## [EWSA steht fest hinter den Prioritäten des ersten bulgarischen Ratsvorsitzes der EU](#)



„Der Erfolg eines Ratsvorsitzes hängt nicht von der Größe des Landes ab, das ihn innehat, sondern wird bestimmt vom politischen Willen, politische Maßnahmen voranzubringen, die entscheidend für die Zukunft Europas sind“, erklärte **EWSA-Präsident Georges Dassis** bei der Begrüßung der **stellvertretenden bulgarischen Ministerin für Arbeit und Sozialpolitik, Zornitsa Rusinova**, auf der EWSA-Plenartagung im Januar. **Zornitsa Rusinova** erläuterte den EWSA-Mitgliedern die vier Prioritäten des bulgarischen Ratsvorsitzes:

- die Zukunft Europas und der jungen Menschen,
- die europäische Perspektive und die Anbindung des westlichen Balkans,
- Sicherheit und Stabilität in einem starken und geeinten Europa,
- digitale Wirtschaft und digitale Kompetenzen für die Zukunft.

Ferner ging sie auf die wichtigsten Themen ein, auf die sich der bulgarische Ratsvorsitz in den kommenden sechs Monaten im Bereich der Sozial- und Beschäftigungspolitik konzentrieren will:

- die Zukunft der Arbeit,
- die Stärkung der sozialen Dimension Europas,
- die Förderung des Konzepts der frühkindlichen Entwicklung,
- Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen.

„Wir erwarten mit Interesse die Sondierungsstimmungen, um die wir den EWSA ersucht haben“, so **Zornitsa Rusinova**. (sg)

*Foto: Zornitsa Rusinova, stellvertretende bulgarische Ministerin für Arbeit und Sozialpolitik, und EWSA-Präsident Georges Dassis*

---

## [EWSA fordert finanzielle Absicherung, um Opfer von Computerbetrug zu entschädigen](#)

**Die Verbesserung der rechtlichen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zur Bekämpfung von Computerbetrug ist ein Schritt in die richtige Richtung, erklärte der EWSA in einer kürzlich verfassten [Stellungnahme](#) zur Bewertung des von der Kommission vorgelegten [Vorschlags für eine Richtlinie zur Bekämpfung von Betrug und Fälschung im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln](#). Der EWSA fordert allerdings mehr Garantien, um die Nutzer digitaler Zahlungsmittel zu schützen, sowie obligatorische Präventionsmaßnahmen, um sie vor den Vorgehensweisen von Cyberkriminellen zu warnen.**

Der Berichterstatter für die Stellungnahme, **Victor Alistar**, begrüßt zwar den Kommissionsvorschlag, betont aber die Notwendigkeit, **über die Ermittlungszusammenarbeit und die justizielle Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden der**



### Mitgliedstaaten hinauszugehen.

Laut EWSA sollten die Mitgliedstaaten eine **finanzielle Absicherung** gegen Betrug vorsehen, um Opfer von Computerbetrug mit Zahlungskarten zu entschädigen. Diese finanzielle Absicherung sollte sich **sowohl auf Personen als auch auf KMU** erstrecken.

Damit der Computerbetrug wirksam bekämpft werden kann, **sollten die Wirtschaftsakteure** zudem **rechtlich verpflichtet sein, Computerbetrugsfälle zu melden**.

Computerbetrug mit elektronischen Zahlungsmitteln, die im Euro-Währungsgebiet ausgegeben werden, ist ein großes Problem. Laut einem EZB-Bericht lag er 2013 in der EU bei **1,4 Mrd. EUR**. Seither steigt er weiter.

Einer der betrugsanfälligen Bereiche ist die Zahlung von **Reisekosten**, d. h. von Zug- und Flugtickets, Unterbringung und sonstigen damit verbundenen Transaktionen. Auch Personen und Organisationen, die sich an terroristischen Aktivitäten beteiligen, sind in diese Art von Computerbetrug verwickelt bzw. profitieren davon.

**Präventionsmaßnahmen** sollten nach Ansicht des EWSA ebenfalls zur Bekämpfung von Computerkriminalität genutzt werden. Die Öffentlichkeit sollte vor den Vorgehensweisen der Cyberkriminellen bei der Fälschung von elektronischen Zahlungsmitteln gewarnt werden. Dazu sollten die Strafverfolgungsbehörden in den Mitgliedstaaten Sensibilisierungs- und Informationskampagnen durchführen, die die Ursachen und Gefahren von Computerbetrug deutlich machen und Möglichkeiten aufzeigen, wie man sich davor schützen kann. (dm)

---

## Der Beitrag der Fiskalpolitik ist entscheidend für die weitere Erholung der Wirtschaft im Euro-Währungsgebiet auch im Jahr 2018



Doz Orrit, ECO 444

**Der EWSA lehnt den Vorschlag der Kommission für einen insgesamt weitgehend neutralen haushaltspolitischen Kurs ab und schlägt stattdessen einen moderat positiven fiskalischen Kurs von etwa 0,5 % des BIP vor. In seiner Stellungnahme zur *Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets 2018* vertritt er die Ansicht, dass in erster Linie die Länder mit einem Leistungsbilanzüberschuss und haushaltspolitischem Spielraum diese haushaltspolitischen Anstrengungen erbringen müssen.**

Angesichts der nach wie vor instabilen, unvollständigen und atypischen wirtschaftlichen Erholung im Euro-Währungsgebiet und vor dem Hintergrund der angekündigten Änderungen der Geldpolitik der EZB fordert der EWSA fiskalpolitische Maßnahmen zur Unterstützung der geldpolitischen Maßnahmen. In den Empfehlungen des EWSA werden neben anderen Aspekten auch eine geringe Investitionstätigkeit, ein Leistungsbilanzüberschuss und eine erhebliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage genannt.

„Auf öffentliche Investitionen ausgerichtete steuerliche Anreize würden kurzfristig zu einem Anziehen der Nachfrage, aber auch langfristig zu einer Steigerung des Wachstumspotenzials führen, was der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen dienen würde“, erklärt der Berichterstatter **Javier Doz Orrit** (Gruppe Arbeitnehmer, ES).

Die öffentlichen Investitionen dürfen sich nicht nur auf die Infrastruktur konzentrieren, sondern müssen auch soziale Investitionen einschließen. Zudem sollte der Binnenkonsum vor allem durch Lohnerhöhungen angeregt werden.

„Wir empfehlen, öffentliche Investitionsausgaben aus den Berechnungen im Rahmen der haushaltspolitischen Regeln auszuklammern. Dies würde zu einem stärker inklusiven Wachstum und einer Aufwärtskonvergenz beitragen“, so **Herr Doz Orrit**.

Der EWSA begrüßt die politischen Ziele der Kommission – ein nachhaltiges und inklusives Wachstum, Widerstandsfähigkeit und Konvergenz – sowie ihre Prioritäten für Strukturreformen, wobei er die Ansicht vertritt, dass Reformen die Produktivität steigern und die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze sowie den Abbau von Ungleichheiten fördern müssen. Er fordert dazu auf, wirksame Maßnahmen gegen die Erosion der öffentlichen Haushalte zu ergreifen, und unterstützt die zur Vertiefung der WWU erforderlichen Schritte. (jk)

---

## Lenk- und Ruhezeiten, Arbeitszeit und Entsendung von Arbeitnehmern

Die **EWSA-Stellungnahme** „Lenk- und Ruhezeiten, Arbeitszeit und Entsendung von Arbeitnehmern“ wurde auf der **531. Plenartagung am 18. Januar 2018 mit 173 gegen 89 Stimmen bei 17 Enthaltungen verabschiedet**. Berichterstatterin für die Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft (TEN) war **Tanja Buzek**. (mp)

## Aktuelles aus den Gruppen

### Soziale Rechte und Straßenverkehrssicherheit

verfasst von der Gruppe Arbeitnehmer

Der EWSA verabschiedete auf seiner Januar-Plenartagung eine Stellungnahme zu der wichtigen Rolle des Verkehrs, einem Schlüsselsektor der europäischen Wirtschaft, in der die grundlegenden Fragen der Ruhezeiten von Kraftfahrern und der Entsendung von Arbeitnehmern behandelt werden. Der EWSA betont, dass die im Rahmen des Mobilitätspakets vorgeschlagenen Änderungen der geltenden Rechtsvorschriften in mehrfacher Hinsicht nicht den ermittelten Problemen gerecht werden und nach Meinung der Gruppe



Arbeitnehmer nicht die erfolgreiche Bekämpfung von Sozialdumping im Straßenverkehrssektor gewährleisten. Für eine bessere Kontrolle der grenzüberschreitenden Anwendung der Vorschriften fordert der EWSA außerdem die Einrichtung einer europäischen Straßenverkehrsgesellschaft.

„Vor dem kritischen Hintergrund der Preisgestaltung im Verkehrssektor müssen unbedingt Regeln festgelegt werden, um gleiche Ausgangsbedingungen für alle Straßenverkehrsunternehmen ungeachtet ihrer Größe und für alle mobilen Arbeitnehmer sicherzustellen, ohne neue Hindernisse für den Binnenmarkt zu schaffen und Sozialvorschriften zu unterminieren“, unterstrich die Berichterstatterin Tanja Buzek. „Der Binnenmarkt muss für alle Interessenträger und für alle Mitgliedstaaten, alte wie neue, funktionieren.“

Die EU-weite Anwendung der Entsendevorschriften im Straßenverkehr ist eine entscheidende Voraussetzung für die Sicherstellung jeweils gleicher Ausgangsbedingungen für Arbeitnehmer und Unternehmen. Eine wirksame Kontrolle ihrer Anwendung ist von grundlegender Bedeutung. Diesbezüglich teilen wir die Bedenken des EWSA, dass eine Entsendemeldung, die für einen Zeitraum von sechs Monaten und für mehrere Fahrer gilt, eine wirksame Durchsetzung und Kontrolle der Entsendevorschriften erschweren könnte. (mg)

---

## **EWSA beim Thema Entsendung von Arbeitnehmern gespalten - Gruppe Arbeitgeber gegen die EWSA-Stellungnahme**



verfasst von der Gruppe Arbeitgeber

**Die Gruppe Arbeitgeber hat die EWSA-Stellungnahme „Lenk- und Ruhezeiten, Arbeitszeit und Entsendung von Arbeitnehmern“ nicht unterstützt. Ihrer Ansicht nach werden die ausschussinternen Meinungsunterschiede zu dem Kommissionsvorschlag zur Entsendung von Arbeitnehmern in der Stellungnahme nicht ausreichend deutlich.**

„Die Anwendung der Entsendevorschriften auf den internationalen Straßenverkehr ist gleichbedeutend mit Protektionismus und Einschränkung der Freizügigkeit. Bedauerlicherweise werden diese negativen Auswirkungen in der EWSA-Stellungnahme nicht thematisiert. Der Binnenmarkt wird ernsthaft gefährdet, und Tausende von KMU im Verkehrssektor in ganz Europa werden beeinträchtigt“, unterstrich Jacek P. Krawczyk, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber.

In der Debatte stellten Mitglieder der Gruppe Arbeitgeber zahlreiche Inkohärenzen im Kommissionsvorschlag zur Entsendung von Kraftfahrern heraus. Ohne geeignete Infrastruktur hätten strengere Vorschriften eine kontraproduktive Wirkung und würden die Arbeitsbedingungen nicht verbessern.

Die Mitglieder betonten, dass die vorgeschlagenen Bestimmungen Unsicherheit und zusätzliche Bürokratie für Fahrer wie Unternehmen zeitigen werden. Sie verwiesen auf unklare Definitionen in den Rechtsvorschriften, die zu absurden Situationen führen könnten.

Die Gruppe reichte eine Reihe von Änderungsanträgen zu der Stellungnahme ein, die jedoch weder von der Berichterstatterin noch der Mehrheit der Ausschussmitglieder unterstützt wurden. Die Stellungnahme wurde auf der EWSA-Plenartagung am 18. Januar 2018 mit 193 gegen 89 Stimmen bei 17 Enthaltungen verabschiedet. (lj)

---

## **Die Zivilgesellschaft in der EU: Zukunftsszenarien für 2030 - außerordentliche Sitzung der Gruppe Verschiedene Interessen**



Von der Gruppe Verschiedene Interessen im EWSA

**Im Anschluss an den zweiten Tag der Februar-Plenartagung wird die Gruppe III ihre außerordentliche Sitzung zum Thema „Die Zivilgesellschaft in der EU: Zukunftsszenarien für 2030“ im EWSA (Saal JDE 62) abhalten.**

In der Sitzung soll die Studie „Die künftige Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Europäischen Union bis 2030“, die in Zusammenarbeit mit der Kontaktgruppe initiiert wurde, vorgestellt werden. Die Studie wurde vom EWSA beim slowenischen Centre for Information Service, Co-operation and Development of NGOs ([CNVOS](#)) und beim European Network of National Civil Society Associations ([ENNA](#)) in Auftrag gegeben.

Durch die Auswertung neuerer Analysen und Untersuchungen, Interviews und Umfragen beleuchtet die Studie die gegenwärtige Situation von Organisationen der Zivilgesellschaft (OZG) auf einzelstaatlicher und europäischer Ebene. Sie zeigt auf, welche die wichtigsten Herausforderungen für die OZG sind und was zu ihrer Bewältigung getan werden kann. Fünf Szenarien werden anhand der Hauptfaktoren für einen Wandel herausgearbeitet, und es werden verschiedene spezifische Empfehlungen und Schlussfolgerungen formuliert.

An der Sitzung nehmen EWSA-Mitglieder und Vertreter europäischer OZG teil; die Moderation übernimmt Daniela Vincenti, Chefredakteurin von EURACTIV. Zu den Rednern gehören Ramón Luis Valcárcel Siso, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, zuständig für die Beziehungen zum EWSA und AdR, Paweł Świeboda, stellvertretender Leiter des Europäischen Zentrums für politische Strategie (Europäische Kommission), die Vorsitzenden der Gruppen im EWSA und hochrangige Vertreter der akademischen Welt. (ih)



## Redaktion:

Eleonora Di Nicolantonio (edn)  
Daniela Marangoni (dm)

## Beiträge zu dieser Ausgabe von:

Daniela Marangoni (dm)  
Isabelle Henin (ih)  
Jasmin Kloetzing (jk)  
Katerina Serifi (ks)  
Laura Lui (ll)  
Leszek Jarosz (lj)  
Marco Pezzani (mp)  
Margarida Reis (mr)  
Margarita Gavanas (mg)  
Siana Glouharova (sg)  
Silvia M. Aumair (sma)

## Gesamtkoordinierung:

Agata Berdys (ab)  
Katerina Serifi (ks)

## Anschrift:

Europäischer Wirtschafts- und  
Sozialausschuss  
Jacques Delors Building,  
99 Rue Belliard,  
B-1040 Brussels, Belgium  
Tel. (+32 2) 546.94.76  
E-Mail: [eescinfo@eesc.europa.eu](mailto:eescinfo@eesc.europa.eu)

EWSA info erscheint neunmal im Jahr  
anlässlich der EWSA-Plenartagungen.

EWSA info wird in 23 Sprachen

veröffentlicht.

EWSA-Info hat keinen Protokollwert;  
die offiziellen Aufzeichnungen über  
die Arbeiten des Europäischen  
Wirtschafts- und Sozialausschusses  
(EWSA) können im Amtsblatt der  
Europäischen Union sowie in anderen  
Publikationen des EWSA eingesehen  
werden.

Die Vervielfältigung ist gestattet,  
sofern EWSA info als Quelle genannt  
und ein Link an die Redaktion  
übermittelt wird

Nächste Ausgabe: März 2018

Februar 2018/2

03-2018